

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, wirft dem Kanzler vor, von den Arbeitsmarktproblemen ablenken zu wollen.

Seite 1

Hans-Jürgen Wischniewski MdB, Schatzmeister der SPD, würdigt Fritz Halstenberg an seinem 65. Geburtstag.

Seite 3

Werner Holtfort MdL fragt nach den Konsequenzen der Rechthaberei eines Herrn Hupka.

Seite 4

Robert Antretter MdB sieht den Kanzler einen Scherbenhaufen verwalten.

Seite 7

**Dokumentation**  
Heinz Westphal MdB würdigt den Bürgermeister der Stadt Bethlehem anlässlich dessen Besuches in Bonn.

Seite 8

40. Jahrgang / 109

12. Juni 1985

### Kohl pfeift auf dem letzten Loch

Zum Schluß sollen die Arbeitsmarktzahlen die Arbeitslosigkeit erklären

Von Rudolf Dreßler MdB  
AfA-Bundesvorsitzender

Der Bundeskanzler ist buchstäblich beim letzten Schlupfloch angekommen, um die Massenarbeitslosigkeit zu erklären: Vor dem Markenverband hat Bundeskanzler Kohl am gestrigen Dienstag behauptet, die Arbeitsmarktzahlen stimmten nicht, es müsse endlich der „Mut“ aufgebracht werden, die Arbeitsmarktzahlen zu diskutieren.

Der Verweis auf die Arbeitsmarktzahlen ist ein Ablenkungsmanöver. Kohl will davon ablenken, daß seine Regierung ratlos vor der Massenarbeitslosigkeit steht. Kanzler und Minister wissen nicht, was sie den Bürgern präsentieren sollen, um ihnen wieder Mut und Zuversicht für die Zukunft zu geben. Sie haben in den Jahren ihrer Wendepolitik so ziemlich alles bemüht, was sie bemühen konnten. Einige Kostproben:

- Erst hieß es, ein Regierungswechsel sei das beste Konjunkturprogramm;
- dann behaupteten die Wahlkampfstrategen der Union, die Bürger sollten bei der Bundestagswahl 1983 den Aufschwung wählen;



- dann wiederum sollten sich die Bürger bescheiden mit ihren Ansprüchen, damit die Unternehmer genügend Mittel zum Investieren übrig hätten;
- dann sollte der Aufschwung da sein - nur merkten viele nichts davon;
- dann war der Winter an der Arbeitslosigkeit schuld, und als Generalnenner war aus der Koalition immer wieder zu hören, die „Erblast“ drücke die Wirtschaft auf den Boden.

Schließlich ist der Bundeskanzler bei den Arbeitsmarktzahlen angelangt. Schlimmer kann es nicht kommen, banaler und aberwitziger zugleich können regierungsamtliche Erklärungsversuche nicht werden.

Kohl hat mit seinem Ausflug in die Arbeitsmarktzahlen allen seinen Kritikern - parteiintern und extern - einen gültigen Beweis in die Hand gegeben, daß ihre Vorbehalte berechtigt sind. Wir alle können vom Bundeskanzler verlangen, daß er sich mit einem Mindestmaß an Wissen und Durchblick ausstattet. Wo diese Mindestausstattung fehlt, ist Gefahr im Verzuge: Gefahr für den sozialen Frieden, Gefahr für ein gedeihliches Miteinander in unserem Lande.

Die Arbeitsmarktzahlen sind ein Abbild unserer sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit. Diese Zahlen begründen keine Arbeitslosigkeit. Wir können sie noch und noch umschichten oder anders kombinieren; Die Arbeitslosigkeit wird dadurch nicht weniger. Was fehlt, das ist tatkräftige Politik, das sind Entscheidungen. Der Bundeskanzler „aus heutiger Sicht“ hat sich abermals der Lächerlichkeit preisgegeben.

(-/12.6.1985/va/fr)

\* \* \*



Ein Glücksgriff für die Partei

Friedrich Halstenberg zum 65. Geburtstag

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Schatzmeister der SPD

Friedrich Halstenberg bleibt gern als Person im Hintergrund. Vor allem widerstrebt es ihm, sich öffentlich feiern zu lassen. An seinem 65. Geburtstag kann ihm das aber nicht erspart werden. Als sein Nachfolger im Amt des Schatzmeisters der SPD und zugleich als sein Freund wünsche ich ihm von Herzen Gesundheit und persönliches Wohlergehen. Zugleich möchte ich ihm Dank sagen für entscheidende Weichenstellungen in dem schwierigen Amt, das er vor gut einem Jahr an mich übergeben hat.

Friedrich Halstenberg war immer ein Mann der hohen Kunst der Verwaltung in schwierigen Situationen. Seine Stärken - neben der Fähigkeit zur scharfen und leidenschaftslosen Analyse, die gelegentlich seine in Wahrheit warme und herzliche Persönlichkeit verdeckt, sein mit Phantasie und viel Sinn für das Richtige und Machbare gepaartes Planungstalent und seine Bereitschaft, für angepeilte Ziele nicht nur alle Kräfte einzusetzen, sondern, wenn es sein muß, auf dem Weg dahin auch Prügel einzustecken - hatten ihn vor allem in Nordrhein-Westfalen in höchste Ämter geführt bevor er sich 1978 von seiner Partei in die Pflicht als Schatzmeister der SPD nehmen ließ.

Dies erwies sich als wahrer Glücksgriff für die SPD. Die Parteikasse war damals in einem nahezu hoffnungslosen Zustand. Das Vermögen an parteieigenen Unternehmen war durch notorische Verlustquellen in seiner Substanz gefährdet. Es ist die große Leistung von Friedrich Halstenberg, daß es ihm gelang, der Partei bis dahin nie gekannte Sparsamkeit anzubändigen und im Unternehmensbereich mit harter Konsequenz ein beträchtliches Vermögen - und damit auch Arbeitsplätze - zu erhalten. Er erreichte es, daß die Partei heute wieder schwarze Zahlen schreibt. Den Vermögensbereich konnte er so weit stabilisieren, daß die dort verbliebenen Verpflichtungen durch Erträge erfüllt werden können.

Es ist Fritz Halstenberg gewiß nicht leicht gefallen, diese Arbeit zu tun. Sie wurde ihm obendrein von der Partei erschwert, die sich natürlich gegen die vom Schatzmeister verordneten Entbehrungen sträubte. Wahrscheinlich investierte er dabei so viel Kraft, daß er nach sechs Jahren für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung stehen konnte.

Die Delegierten des Essener Parteitags von 1984 haben den mit Fug und Recht selbstbewußt vorgetragenen Rechenschaftsbericht des scheidenden Schatzmeisters bejubelt. Viele haben daraus nur die Botschaft wahrgenommen, die Kasse sei wieder gesund - wie die berühmte Kuh - und daraus den Schluß gezogen, sie könne wieder gemolken werden. Sie taten ihm damit Unrecht, weil sie seine Mahnung überhörten, daß der finanzielle Bewegungsspielraum der Partei auch weiterhin gering sei. Wir sind ihm alle dankbar.

(-/12.6.1985/va/ks)

+ + +



## Für Schlesien sterben?

## Die Konsequenzen der Hupka-Rechthaberei

Von Werner Holtfort MdL  
Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltvereins

In der Christen-Union streiten sich nicht nur die beiden "echten Männerfreunde" Kohl und Strauß, nicht nur Sozialausschüsse und Wirtschaftsrat, nicht nur "Atlantiker" mit "Europäern" darüber, ob die Bundesrepublik amerikanischen oder europäischen Interessen zu dienen habe. Ähnlich bekämpfen einander die Ostpolitiker. Mit der "Wende" in Bonn haben maßgebende CDU-Funktionäre der sozialdemokratischen Entspannungspolitik den Kampf angesagt, andere möchten sie fortsetzen. So scheiterte ein Versuch auf dem Deutschland-Tag der Jungen Union in Berlin, "von deutscher Seite die polnische Westgrenze nicht mehr in Frage" zu stellen, am bayerischen Landesverband.

Die Polen werden so, wenige Jahrzehnte nach dem letzten deutschen Überfall, erneut geängstigt, nachdem sie fünfzehn Jahre lang dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 vertrauten. CDU/CSU wollten ihn freilich schon damals nicht ratifizieren. Ein Teil ihrer Abgeordneten enthielt sich der Zustimmung, der andere stimmte dagegen. Denn der Vertrag schreibt die Oder-Neiße-Linie als "unverletzliche" polnische Westgrenze "jetzt und in Zukunft" fest. Wie der jahrhundertlange Streit mit Frankreich um Elsaß-Lothringen und die französische Ostgrenze, so sollte damit auch der ebenso langwierige Streit um die polnische Westgrenze, um Schlesien, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen ein für allemal beigelegt werden.

Heute aber suchen führende Christdemokraten dem Volke weiszumachen, mit dem Vertrage hätten wir nur auf "gewaltsame" Änderung dieser Grenze verzichtet. Doch weiß jedermann, daß sie gewaltlos keinesfalls wieder nach Osten verlegt werden kann. Die Konsequenz malte der 21jährige christdemokratische JU-Funktionär Thomas Finke mit seiner Vision eines Einfalles der Bundeswehr in Osteuropa bei günstigen politisch-militärischen Umständen in jugendlicher Naivität aus, und das Verbandsblatt der Schlesischen Landsmannschaft "Der Schlesier" druckte das voller Behagen und Provokation am 25. Januar ab. Aber hastig und heuchlerisch distanzierte sich der Schlesieranführer mit dem echt slawischen Namen Hupka. Auch der Bundeskanzler tat (oder war auch vielleicht) empört: Der junge Verführte hatte gegen das alte Revanchisten-Prinzip verstoßen, das erstmals in Frankreich wegen des Verlustes von Elsaß-Lothringen 1871 formuliert worden war: "Immer daran denken, aber nie davon sprechen!"

Wie aber sollen Polen Unterschiede herausfinden zwischen Finkes Aufsatz und christdemokratischen Parolen, wie bei dieser Grenze könne "nicht alles so bleiben", sie sei jedenfalls "kein Völkerrecht", "die Deutsche Frage sei völlig offen"? Was davon, daß die Unionsfraktion zu verabredeten versöhnlichen deutsch-polnischen Gesprächen in der Akademie Loccum ausgerechnet Herbert Hupka abordnet und so die polnische Delegation zur Absage veranlaßt? Was davon, daß der Bundesaußenminister einen Besuch in Polen scheitern läßt, indem er unter Druck aus der Unionsfraktion Bedingungen für den Ablauf stellt, die von der polnischen Regierung keinesfalls akzeptiert werden können? Was von einem Bundeskanzler Kohl, der zwar in sonderbar gewundener und jedenfalls einigermaßen unverbindlicher Ausdrucksweise Warschau mitteilt, diese Bundesregierung werde "die polnische Westgrenze heute und in Zukunft für unverletzlich erachten", gleichzeitig aber die Berufsvertriebenen mit Bemerkungen bestärkt, wie, "das Recht auf Heimat kann na nicht für ein Linsengericht verhökern", es sei jedenfalls "das Recht der Deutschen nicht untergegangen"? Ein Mann, der sich "die höchste Auszeichnung des Bundes der Vertriebenen" verleihen läßt, weiß er sich "wie seit Jahrzehnten kein Bundeskanzler mehr zu den deutschen Heimatvertriebenen bekannt" habe (Sudetendeutsche Zeitung vom 9. November 1984)?



Welch ein Bundeskanzler, Welch ein "Staatsmann", der als erster Kanzler seit Ludwig Erhard vor 20 Jahren (damalige Losung "Schlesien - Deutschlands Osten") allen Warnungen zum Trotz wieder "Politik der Stärke" symbolisiert, indem er nebst Ernst Albrecht durch offizielle Ansprachen dem mit niedersächsischen und Bonner Staatszuschüssen finanzierten diesjährigen Schlesientreff und dessen Parolen regierungsamtlichen Anstrich gibt? "Schlesien bleibt unser" war die erste, "Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier (nämlich vom Kommunismus befreiter) Völker" lautete die zweite, an der laut Hupka der Kanzler mitgebastelt haben soll. Mit ihr bekam, um "jede Möglichkeit eines Mißverständnisses auszuräumen" (Hupka), die Veranstaltung zusätzlich einen antisowjetischen Akzent. In Schlesien, der "uns geraubten Heimat", herrsche Polen "unrechtmäßig", womit "Widerstand gegen Gewalt demokratische Verpflichtung" geworden sei (alles Hupka am 12. Dezember 1984) und die neue Losung sollte nun klarstellen: "Schlesien ist nicht nur die Heimat der Schlesier, sondern Eigentum aller Deutschen" (wiederum Hupka am 22. Januar an den Bundeskanzler).

Eigentum aller Deutschen? Oder vielleicht eher der Österreicher oder doch noch mehr der Polen? Wie erlangt man solche Eigentumstitel? Durch Verträge? Dann sieht es infolge des Warschauer Vertrages schlecht für uns aus. Durch Raubkriege (wie etwa die drei schlesischen Kriege)? Dann hätten wir ein starkes Eigentumsrecht. Durch Dauer der Besiedlung, Beackerung, Nutzung? Dann wäre Schlesien eher polnisch als österreichisch und eher österreichisch als deutsch! Wem gehört das Rheinland, das bekanntlich durch die Römer kultiviert wurde, wem Südtirol?

Nehmen wir als Beispiel das Elsaß, den noch älteren Zankapfel an unserer anderen Grenze: Zunächst von Kelten bewohnt, dann von germanischen Alemannen überflutet, kam es 58 v.Chr. unter römische, tausend Jahre später aber unter schwäbische Herrschaft. Danach 650 Jahre sehr deutsch, wurde es dann für rund 300 Jahre französisch, hierauf dreimal eine (von mehreren) Kriegsursachen zwischen Deutschland und Frankreich. Hier haben nun auch alle unsere Christdemokraten das Spiel verloren gegeben - freilich herrschen dort auch keine Kommunisten!

In Schlesien siedelten seit zigtausend Jahren Illyrer, Skythen, Kelten, Silingen (die dem Lande den Namen gaben, aber in der Völkerwanderungszeit untergingen). Als diese ans Mittelmeer zogen, strömten Slawen (Polen und Wenden) ein, anderthalb Jahrtausend später kamen auch deutsche Siedler. Das Land wurde teils von polnischen, teils von tschechischen Fürsten regiert, bis es 1526 mit ganz Böhmen für ein knappes Vierteljahrtausend unter Herrschaft des Hauses Österreich kam. Preußen eroberte es in der Mitte des 18. Jahrhunderts und 180 Jahre später - nach einem kurzen Atemzug der Menschheitsgeschichte! - verlor es mit dem Zweiten Weltkrieg.

Als Hitler und Stalin 1939 Polen überfielen und unter sich aufteilten, begannen die Deutschen damit, Polen (auch polnische Bewohner Schlesiens) als "Untermenschen" mit schwersten Menschenrechtsverletzungen teils in das "Generalgouvernement" zu vertreiben, teils als Zwangsarbeiter ins "Reich" zu versklaven, ihre Intelligenzschicht aber in Konzentrationslagern zu foltern und größtenteils zu ermorden. Sechs Millionen Polen, 22 Prozent der Bevölkerung, wurden grausam umgebracht, die anderen sollten folgen. Ihren Grund und Boden nahmen deutsche "Neusiedler" in Besitz.

Doch mit der geschlagenen und vor der Roten Armee fliehenden deutschen Wehrmacht fluteten über drei Millionen der deutschen Schlesier in die Gebiete der heutigen DDR und BRD zurück. Etwa die Hälfte der gebliebenen anderthalb Millionen wurde, und zwar ebenfalls unter schweren Menschenrechtsverletzungen, vertrieben. Freilich waren den Vertriebenen oft Angehörige ermordet worden, hatten sie auch selbst zum Teil unvorstellbare Grausamkeiten erduldet oder mindestens jahrelange Demütigung, Verachtung und Angst vor deutschem Terror und Sklaverei. Wir Deutschen hatten mit dieser Vertreibung das Spiel um unsere jahrhundertelange Ostkolonisation eindeutig verloren!



Die Polen (und inzwischen ihre Abkömmlinge), die in der Folge des Hitler-Stalin-Abkommens von den Sowjetrussen aus ihrer ostpolnischen Heimat nach Westen getrieben worden waren, haben das Land in Besitz genommen und zum dichtbesiedeltesten und höchstindustrialisiertesten Gebiet der Volksrepublik Polen gemacht.

Die Schlesier waren, wenn auch anfangs ungefragt und nur mit militärischer Gewalt, die letzten 180 Jahre vor der Vertreibung gute und loyale Preußen gewesen. Nach der Vertreibung aber vergaßen sie (wie zum Beispiel auch die Pommern) sich fürderhin Preußen zu nennen. Sie kehrten als "Schlesische Landsmannschaft" ihre schlesische Eigenart wieder hervor, wie sie auch zu österreichischen und sogar schon zu böhmischen Zeiten gewesen war. Auch die Landsmannschaft unterscheidet inzwischen Geburtsschlesier, "deren Zahl immer geringer wird", Abstammungsschlesier (Bundesdeutsche, die von der Landsmannschaft in Anspruch genommen werden, nur weil sie einen Geburtsschlesier unter ihren Vorfahren haben) und Bekenntnisschlesier. Das sind Rechtsradikale, welche die im Zuge des Zusammenbruchs der Hitlerei entstandenen Entwicklungen, auch um Schlesien, wieder zurückrollen wollen - nicht umsonst findet die NPD in Schlesiertreffen, wozu "eine große Anzahl Mitglieder und Freunde der Partei sowieso" kommen, hinreichenden Anlaß zu eigenen parallelen Parteiveranstaltungen.

Nichts ist mehr geeignet, in Polen die Kniefälle Willy Brandts in Warschau und Auschwitz vergessen zu machen, nichts mehr, die Angst polnischer Bürger zu schüren und damit demokratische Reformen zu erschweren, kommunistischen Scharfrichtern in Warschau aber Wasser auf die Mühlen zu lenken, als derartige Vertriebenentreffen mit solchen Tendenzen.

Wozu das? Wohl kaum einer der "Abstammungsschlesier" und gewiß kein "Bekenntnisschlesier" denkt auch nur im Traum daran, seinen Lebensstandard hier aufzugeben, um in Schlesien noch einmal neu zu beginnen. Was der Thomas Finke aussprach und was die unverbesserlich ewig Gestrigen sich im stillen wünschen, stimmt zwar mit der auch von der Regierung Kohl akzeptierten "Airland-Battle"-Doktrin der US-Armee überein. Aber sollen abermals Millionen im rechthaberischen Kampf darum sterben, ob dieses Land wieder deutsch wird, "bis alles in Scherben fällt"?  
(-/12.6.1985/va/ks)

+ + +



Fehlschlag in Mailand vorprogrammiert

Der europapolitische Scherbenhaufen könnte nicht größer sein

Von Robert Antretter MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Der europapolitische Scherbenhaufen, den uns die Kohl-Regierung täglich beschert, könnte nicht größer sein. Schon jetzt - Mitte 1985 - ist klar, daß von den großen Sprüchen über das "Jahr Europas", über das "Jahr der europäischen Entscheidungen" oder gar über die "Politische Union Europas" am Ende nur heiße Luft übrig bleiben wird. Auch der kommende "Gipfel" in Mailand, der den Europäischen Vertragsentwurf weiterbringen soll, steht unter einem schlechten Stern. Daß vor allem die Franzosen über die Deutschen verärgert sind, hat gute Gründe.

Was allein der Allgäuer Milchbauer Ignaz Kiechle an Porzellan zerschlagen hat, das geht buchstäblich auf keine Kuhhaut. Zunächst hat er kraftvoll einer höchst umstrittenen Milch-Quoten-Regelung zugestimmt, die immerhin Überproduktionen einschränken wollte, dann aber mußte er aus wahltaktischen Gründen - Subventionsabbau hin oder her - den deutschen Bauern eine milliarden-schwere Milchrente bezahlen.

Nun will er gar gegen die von der EG-Kommission vorgeschlagene Null-Runde beim Getreidepreis unter dem Druck von Strauß ein Veto einlegen, womit all die guten Worte, der "Luxemburger Kompromiß" müsse endlich zugunsten der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat überwunden werden, bloße Makulatur werden.

Daß Kanzler Kohl ohnehin nicht fähig ist, eine gemeinsame Antwort Europas auf die amerikanische SDI-Herausforderung mitzuformulieren, ist offenkundig. Zwar ist Außenminister Genscher sichtlich bemüht, europapolitische Schadensminderung zu betreiben. Bis heute hat er es aber - trotz der WEU-Belebung und des Plädoyers für EUREKA - nicht geschafft, im Koalitionswirrwarr der Regierungsparteien seine Linie durchzusetzen.

Über Ankündigungsminister Zimmermann europapolitisch zu reden, lohnt sich kaum. Statt endlich Tempo 100 grünes Licht zu geben, hat er sich mit seinem absurden Theater rund um das Katalysator-Auto zwischen alle Stühle gesetzt. Zuerst Abgasentgiftung zum 1. Januar 1986 ankündigen, dann halbherzig von einem möglichen nationalen Alleingang reden und schließlich wie ein begossener Pudel dastehen - das ist offizielle Regierungspolitik.

Kurzum: auch in der Europa-Politik hat die Kohl-Regierung versagt.

(-/12.6.1985/va/ks)

+ + +



## DOKUMENTATION

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, hat anlässlich des Besuchs des Bürgermeisters der Stadt Bethlehem beim Deutschen Bundestag am 11. Juni 1985 eine kurze Rede gehalten. Westphals Ausführungen im Wortlaut:

„Meine deutschen Gäste und ich freuen uns, Sie, Herr Bürgermeister, und Ihre Gattin in Bonn begrüßen zu können.

Ihr Besuch beim Deutschen Bundestag gibt uns Gelegenheit, Ihnen für die Gastfreundschaft zu danken, die viele meiner Kollegen und zahlreiche unserer deutschen Mitbürger bei Ihnen und Ihrer Stadt Bethlehem erfahren haben.

Bethlehem ist für viele Deutsche ein besonderer Anziehungspunkt. Bestimmt steht dabei für viele der Besuch christlicher Stätten im Vordergrund. Andere wollen die arabische Stadt in den Bergen Judäas nahe bei Jerusalem erleben. Die Atmosphäre zu erspüren, wie ein friedliches Zusammenleben zwischen Israeli und arabischen Palästinensern sich gestalten kann, ist der Besuchsgrund für andere Reisende aus unserem Land. Ganz sicher aber ist, daß die politisch bewußten Reisenden in Ihre Stadt kommen, weil sie in Ihnen, Herr Bürgermeister Freij, einen Mann sehen, der helfen kann, Frieden konkret herbeizuführen.

Sie wissen, Herr Bürgermeister, daß es in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den gewichtigen politischen Kräften Übereinstimmung darin gibt, daß Israel seinen gesicherten Platz in der Nah-Ost-Region haben muß, und daß wir die Forderung der Israelischen Regierung nach direkten Gesprächen und Verhandlungen mit den Konfliktbeteiligten für den aussichtsreichsten Weg ansehen, um Vereinbarungen über Frieden zu erreichen. Sie haben bestimmt auch in Ihren Gesprächen hier erfahren, daß gerade in einem geteilten Land, wie dem unseren, in dem die Selbstbestimmungsrechte noch keine Erfüllung finden konnten, ein hohes Maß an Verständnis für die Forderung nach Selbstbestimmung der arabischen Palästinenser vorhanden ist.

Daraus können sie ableiten, daß die Blicke derjenigen, die den Völkern im Nahen Osten endlich Frieden wünschen, sich auf Männer wie Sie, Herr Bürgermeister, richten, weil man aus Ihrem Verhalten und Ihren Leistungen erkennt, daß sie fähig sind, Frieden zu vermitteln und zu praktizieren.

Die Einsicht kann doch eigentlich nicht so schwierig sein, daß die friedliche Verwirklichung von Selbstbestimmungsrechten zweier Völker, die sich zum Teil auf einem Territorium überschneiden, nur dann möglich ist, wenn die Beteiligten zu Zugeständnissen bereit sind; wenn die Beteiligten die Erkenntnis umsetzen, daß Krieg und Terror keine Lösung bringen - wie es die Entwicklungen im Libanon auf schreckliche Weise täglich beweisen -, sondern daß der Kompromiß die friedliche Form der Beendigung eines Konflikts ist und die Menschen aufatmen läßt.

Sich am Wohl von Menschen - also Familien, Frauen, Männern und Kindern auf beiden Seiten - zu orientieren, scheint mir vernünftiger, als die Verfolgung hochgestochener nationaler Ziele.

Lieber Herr Freij, ich hoffe, daß Sie mit Ihren Gesprächen in Bonn zufrieden sind, daß Sie ein positives Echo finden für Ihre hier vorgetragenen Wünsche, daß der Austausch von Gedanken und Hilfen zu engeren Verbindungen führt, die dem Wohl der Bürger Ihrer Stadt dienen.“

(-/12.6.1985/va/fr)

\* \* \*

